



# ANTRAGSBUCH LANDESKONGRESS

3/2021

## **KONGRESSLEITFADEN**

Der Landeskongress (kurz: LaKo) ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Liberalen Berlin. Er tritt normalerweise dreimal im Jahr zusammen, unter anderem um gemeinsam Anträge zu beraten und den Landesvorstand zu wählen. Antrags- und stimmberechtigt sowie redeberechtigt sind alle Mitglieder der JuLis Berlin – deshalb trau dich und melde dich für einen Wortbeitrag! Insbesondere Neumitglieder werden bei uns immer gerne gesehen und wir wollen euch explizit ermutigen, in die Debatten einzusteigen.

### **Anträge**

Anträge konnten im Vorfeld des Landeskongresses online eingereicht werden. Die Reihenfolge, in der diese behandelt werden, wird in einer Umfrage, an der alle Berliner JuLis teilnehmen können, vor dem Kongress festgelegt (Alex-Müller-Verfahren). Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge werden allerdings immer zuerst behandelt. Die Antragsberatung findet in drei Lesungen statt: Zu Beginn der ersten Lesung begründet der Antragsteller seinen Antrag. Daraufhin findet eine Generaldebatte statt, in der sich die Teilnehmer allgemein zu diesem äußern können. In der zweiten Lesung können Änderungsanträge zu einzelnen Textpassagen gestellt werden. Es ist möglich, diese zu streichen, durch einen anderen Text zu ersetzen, oder neuen Text hinzuzufügen. Die Änderungsanträge werden der Reihe nach aufgerufen und müssen von deren Antragsteller begründet werden, woraufhin eine Debatte über sie stattfindet. Daraufhin wird einzeln über sie abgestimmt, wenn sie nicht vom Antragsteller des Gesamtantrages übernommen wurden. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch das Heben der Stimmkarte, seltener auch schriftlich. Wurden alle Änderungsanträge behandelt, wird in die dritte Lesung übergegangen, in der nochmal eine kurze Debatte stattfinden kann. Darauf folgt die Schlussabstimmung: Die Annahme eines Antrags erfordert eine einfache Mehrheit, bei Satzungsänderungsanträgen eine Zweidrittelmehrheit.

### **Wahlen**

Der Landeskongress wählt u.a. den Landesvorstand, die Delegierten für den Bundeskongress, einen JuLis-Vertreter für den Landesvorstand der FDP Berlin und gegebenenfalls einen Berliner Kandidaten für den Bundesvorstand. Wählbar ist dabei jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht auf Vorstellung. Wahlen finden schriftlich, also geheim, statt.

### **Wortbeiträge**

Grundsätzlich spricht bei Landeskongressen nur derjenige, der gerade am Rednerpult steht. Wenn du dich zu einem Antrag äußern möchtest, dann meldest du dich ganz einfach beim Tagungspräsidium. Die jeweiligen Redner werden daraufhin der Reihe nach aufgerufen. Bei Änderungsanträgen verwenden wir regelmäßig ein System, bei dem es zwei Rednerlisten gibt: Eine Pro-Liste mit Personen, die für den Antrag reden möchten, sowie eine Contra-Liste mit Leuten, die dagegensprechen wollen. Diese werden dann abwechselnd aufgerufen, um die Debatten ausgewogener und fairer zu gestalten. Um auf eine der Rednerlisten zu kommen, meldest du dich dann einfach mit „Daumen hoch“ (Pro) oder „Daumen runter“ (Contra).

## **Zwischenfragen**

Während eine Person redet, gibt es für alle anderen Teilnehmer die Möglichkeit, inhaltliche Zwischenfragen zu stellen. Jedoch sollte man nicht einfach reinrufen: Stattdessen zeigst du an, dass du eine Zwischenfrage stellen möchtest, indem du deine Hände über dem Kopf zusammenführst. Das Tagungspräsidium wird daraufhin den Redner am Ende seines nächsten Satzes fragen, ob er die Frage zulassen möchte. Tut er dies, darfst du ihn eine kurze Frage stellen, die er daraufhin beantworten kann. Lehnt er es ab, musst du dich ggfs. auf die Rednerliste stellen, um die Frage doch noch loszuwerden.

Wichtig: Bei Zwischenfragen geht es wirklich nur darum, inhaltliche Verständnisfragen zu klären und nicht, neue (Gegen-)Argumente vorzubringen. Zudem sind Zwiegespräche verboten, das heißt, man darf auf die Antwort des Redners nicht mit einem weiteren Wortbeitrag erwidern. Wenn du den Bedarf dazu siehst, melde dich doch einfach für einen Redebeitrag.

## **Geschäftsordnungsanträge**

Geschäftsordnungsanträge (kurz: GO-Anträge) sind Anträge zum Verfahren bzw. Ablauf des Kongresses – ihr findet eine Liste der GO-Anträge in der Geschäftsordnung des BuKos unter [julius.de](http://julius.de). Jeder Teilnehmer kann einen GO-Antrag stellen – dies wird angezeigt durch das Ausstrecken beider Arme. GO-Anträge genießen Priorität vor anderen Anträgen und werden zum nächsten möglichen Zeitpunkt aufgerufen, jedoch frühestens am Ende des derzeitigen Redebeitrags (um den Redner nicht zu unterbrechen). Wird der GO-Antrag aufgerufen, hat der Antragssteller die Möglichkeit zu einer kurzen Begründung. Daraufhin wird vom Präsidium nach einer Gegenrede gefragt – erhebt sich diese nicht, gilt der Antrag angenommen, andernfalls wird über ihn abgestimmt.

## **AWARENESS-LEITFADEN**

Liebe JuLis,

mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo - Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen. Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daransetzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

### **Grenzüberschreitendes Verhalten**

Wenn ihr mitbekommt, dass

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihrer Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- jemand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines Anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist, dann

solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

Solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihrer Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der Vertrauensperson. Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo - Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand

## Tagesordnung zum 3. Landeskongress 2021

**Samstag, 23. Oktober 2021, 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr im Prachtwerk in der  
Ganghoferstraße 2, 12043 Berlin**

- TOP 1**      Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorstand
- TOP 2**      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und  
Beschlussfähigkeit
- TOP 3**      Wahl eines Tagespräsidiums
- TOP 4**      Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 5**      Berichte
- a) des Landesvorsitzenden  
                 b) des Landesschatzmeisters
- TOP 6**      Aussprache zu den Berichten
- TOP 7**      Wahl einer Zählkommission
- TOP 8**      Nominierung eines Kandidaten oder einer Kandidatin für den  
Bundesvorstand

**TOP 9**      ggf. Nachwahlen zum Landesvorstand

**TOP 10**     Beratung über Anträge zur Änderung der Landessatzung

**TOP 11**     Antragsberatung

*In der Mittagspause gegen 13:00 Uhr werden wir die beiden neuen JuLi-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus zu ihren ersten Eindrücken aus dem Parlament befragen.*

Im Anschluss, am **Samstag ab 20 Uhr**, bist Du herzlich zur **Landeskongress-Party** eingeladen. Wir feiern in der LaKo-Location Prachtwerk. Bitte beachtet, dass wir hier die 2G-Regel anwenden müssen und nur Geimpfte und Genesene mit Nachweis teilnehmen können.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Leitantrag</b>	
<b>L001</b>	<b>Liberale Migrations- und Integrationspolitik</b> Landesvorstand
<b>Sachantrag</b>	
<b>SA001</b>	<b>Wir sind kein Gottesstaat! – Säkularisierung der Grundgesetz-Präambel</b> BV CWS
<b>SA002</b>	<b>Mindestlohn statt Zwangsarbeit - Für Lohnpflicht von Pflichtpraktika</b> BV Mitte
<b>SA003</b>	<b>One more chance</b> Bezirksverband Reinickendorf
<b>SA004</b>	<b>Weil wir Dich lieben: Tickets so individuell wie Du</b> Bezirksverband Reinickendorf
<b>SA005</b>	<b>Mehr Wettbewerb in den Fahrschulen</b> Bezirksverband Reinickendorf
<b>SA006</b>	<b>Freedom Day – Zeit für German Mut</b> Vorstand JuLis SZ
<b>SA007</b>	<b>Infrastrukturprojekt Havel</b> BV CWS
<b>SA008</b>	<b>Die Hecke muss weg!</b> BV CWS
<b>SA009</b>	<b>Generationengerechtigkeit muss der Maßstab sein</b> BV CWS
<b>SA010</b>	<b>Uns Berlinern bleibt nicht die Sprache weg!</b> BV Mitte
<b>SA011</b>	<b>Ampelkennzeichnung für Reparierbarkeit von Elektronikprodukten</b> BV Mitte
<b>SA012</b>	<b>Antisemitismus entschieden entgegentreten - immer und überall!</b> LFA Soziales, Arbeit und Wirtschaft, LFA Gender und Diversity, Anna Staroselski

<b>SA013</b>	<b>Auslandseinsätze der Bundeswehr - Klare Ziele für ein klares Mandat</b> Landesfachausschuss Europa, Bürgerrechte und Inneres
<b>SA014</b>	<b>Rechtsschutz für alle</b> Landesfachausschuss Europa, Bürgerrechte, Inneres
<b>SA015</b>	<b>Östliche Partnerschaft vertiefen – Zusammenarbeit mit EU-Nachbarn ausbauen</b> Landesfachausschuss Europa, Bürgerrechte und Internationales
<b>SA016</b>	<b>Digitale Gewalt effektiv bekämpfen</b> Timo Bergemann, Julian Laschek
<b>Satzungsänderungsantrag</b>	
<b>SÄ001</b>	<b>Konkretisierung der LaKo-Sperrfrist bei Mitgliedsaufnahmen</b> Sören Grawert, Gregor Habel, Tobias Bergmann, Julian Laschek, Batuhan Temiz



# Antrag L001

**Betr.: Liberale Migrations- und Integrationspolitik**

**Antragsteller: Landesvorstand**

## 1 **Liberale Migrations- und Integrationspolitik**

2 Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland und Zuwanderung durch Men-  
3 schen, die ihr Glück in Deutschland suchen, eine historische Erfolgsgeschichte.  
4 Wir setzen uns für eine Gesellschaft der Toleranz ein, in der der eigene Lebens-  
5 weg nicht von der Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder sexuellen  
6 Identität eines Individuums abhängt. Die Grundlage und Grenze für das freiheitli-  
7 che Zusammenleben in Deutschland und Berlin ist für uns das Grundgesetz.

8 Für eine freiheitliche, offene und vielfältige Gesellschaft ist eine gelungene Inte-  
9 gration von Zuwanderern zentral. Integration bedeutet für uns dabei nicht Assi-  
10 milation, sondern Lebenschancen und Perspektiven zu schaffen.

## 11 **Qualifizierte Zuwanderung als Chancenmotor**

12 Die Bundesrepublik steht vor großen Herausforderungen: die demographische  
13 Entwicklung, ein stetig steigender Innovationsdruck im internationalen Wettbe-  
14 werb und der grassierende Fachkräftemangel. Indem wir unser Zuwanderungs-  
15 system im Sinne qualifizierter Einwanderung weiterentwickeln, schaffen wir einen  
16 echten Chancenmotor für unser Land. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- 17 • ein modernes Einwanderungsgesetz, das Einwanderung in den Arbeits-  
18 markt einfach und verständlich durch ein Punktesystem regelt. Dazu gehört  
19 für uns ein Spurwechsel, der echte Bleibeperspektiven bietet.
- 20 • die Möglichkeit multipler Staatsangehörigkeiten beizubehalten. Zu einer  
21 vielfältigen Gesellschaft gehören auch vielfältige Identitäten.
- 22 • leicht verständliche Informationsangebote über die verschiedenen Bera-  
23 tungsstellen, den Spracherwerb und das Leben in Deutschland bereitzustel-  
24 len. Damit können sich neu angekommene Zuwanderer schnellstmöglich in  
25 der Bundesrepublik und mit dem Rechtsrahmen ihrer Zuwanderung zu-  
26 rechtfinden.
- 27 • Englisch flächendeckend als zweite Verwaltungssprache einzuführen. Für  
28 digitale Verwaltungsleistungen sollen darüber hinaus weitere häufig genutz-  
29 te Sprachen zur Verfügung stehen.
- 30 • bei der Besetzung von Ausbildungsstellen die Vorrangprüfung entfallen zu  
31 lassen.
- 32 • ausländische Bildungsabschlüsse zukünftig schnell und transparent anzu-  
33 erkennen. In Fällen, bei denen keine vollständige Anerkennung gelingt, soll  
34 eine Nachqualifikation an Berliner Universitäten, Hochschulen, Berufsschu-  
35 len und ähnlichen Einrichtungen möglich sein. Ein erneutes Prüfverfahren

## Seite 6

36 bei abgelehnten Anträgen zur Gleichwertigkeitsfeststellung von ausländi-  
37 schen Bildungsabschlüssen wollen wir explizit ermöglichen. Die Meister-  
38 pflicht im Handwerk soll gänzlich entfallen.

- 39 • die Einwanderung von Fachkräften in den europäischen Arbeitsmarkt  
40 durch transparente, europäische Verfahren zu vereinfachen. Dazu wollen  
41 wir die Blue Card als Kerninstrument nachfrageorientierter Fachkräftezu-  
42 wanderung weiterentwickeln und in diesem Zuge dezidiert für nicht-akade-  
43 mische Fachkräfte öffnen. Dabei wollen wir auch die die Gehaltsgrenzen  
44 deutlich reduzieren – sie sollen so berechnet werden, dass eine Person  
45 durchschnittlich Nettobeitragszahler ist.
- 46 • zügige Einbürgerungsverfahren und zelebrierte Integration in Form von  
47 Einbürgerungsfeiern. Das Bekenntnis zum Grundgesetz und zur deutschen  
48 Gesellschaft sollte feierlich zelebriert werden.
- 49 • Ausländerbehörden und Visa-Stellen der Botschaften endlich als interna-  
50 tionales Aushängeschild des Standorts Deutschland zu verstehen und im  
51 Sinne Service-orientierter Zentren weiterzuentwickeln. Dabei sind die Pro-  
52 zesse weitmöglich papierlos online-basiert als One-Stop-Shop auszugestal-  
53 ten.

54 Alternative 1:

- 55 • ein Ausländerwahlrecht auf kommunaler Ebene auch für Nicht-EU-Bürger  
56 einzuführen.

57 Alternative 2:

- 58 • das Recht auf Teilnahme am politischen Geschehen als Grundrecht eines  
59 jeden Menschen anzuerkennen, das weder aufgrund der Herkunft noch des  
60 Passes eingeschränkt werden darf. Der bisherige Zustand, dass Bürger  
61 staatlicher Gesetzgebung unterworfen sind, ohne dass sie die Möglichkeit  
62 haben, selbige über Wahlen mit zu beeinflussen, ist mit einem liberalen  
63 Demokratieverständnis nicht vereinbar. Daher fordern die Jungen Liberalen  
64 Berlin das Ausländerwahlrecht auf allen Ebenen. Voraussetzung für das  
65 Wahlrecht soll nur ein dauerhafter Aufenthalt und Wohnsitz von mindes-  
66 tens 3 Jahren sein.

## 67 **Zuwanderung aus humanitären Gründen**

68 Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl und an der Seite politisch Verfolgter. Gleiches gilt für humanitäre Zuwanderung in die Bundesrepublik. In diesem Sinne sind die Verpflichtungen Deutschlands für uns nicht verhandelbar. Wir setzen uns daher dafür ein:

- 72 • Zuwanderer unabhängig von dem Grund ihrer Flucht würdevoll zu behan-  
73 deln. Menschenunwürdige Zustände von Flüchtlingslagern wie in Moria ver-  
74 urteilen wir.
- 75 • dass sich die Bundesrepublik auf EU-Ebene für eine Fortentwicklung der  
76 gemeinsamen europäischen Asylpolitik und eine verbindliche Verteilung der

- 77 Schutzsuchenden unter den Mitgliedstaaten einsetzen möge. Dabei setzen  
78 wir auf eine Koalition der Willigen, an der sich Deutschland beteiligen soll.  
79 Mitgliedstaaten, die daran nicht teilnehmen wollen, sollen Kürzungen ihrer  
80 Zuwendungen aus dem EU-Haushalt erfahren, die im Gegenzug zur Finan-  
81 zierung der Kosten der Aufnahme von Geflüchteten eingesetzt werden.
- 82 • dass Asylanträge in Zukunft in deutschen und europäischen Auslandsver-  
83 tretungen gestellt werden können. Dazu sollten im europäischen Recht ein-  
84 deutige Regelungen verankert werden.
  - 85 • die besondere Rolle von Frauen bei der Integration in den Arbeitsmarkt  
86 anzuerkennen. Viele Herkunftsländer zahlreicher Geflüchteter sind von ver-  
87 alteten und unfreien Rollenbildern geprägt, die eine Beschäftigung von  
88 Frauen nicht wertschätzen oder sogar verhindern. Für Betroffene müssen  
89 deshalb besondere Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote bei der In-  
90 tegration in den Arbeitsmarkt eröffnet werden.
  - 91 • eine klare Trennung der Kompetenzen von Bund und Ländern einzufüh-  
92 ren. Letztere sollen zukünftig für Fragen der Integration verantwortlich sein  
93 und der Bund federführend bei Regelungen betreffend den Schutzstatus  
94 und Aufenthalt Schutzsuchender agieren. Für eine verbesserte Integration  
95 von Flüchtlingen fordern wir möglichst eine dezentrale Unterbringung in  
96 Wohnungen. Die Länder und Kommunen sind darum in der Pflicht, die  
97 Rahmenbedingungen für ausreichend Wohnraum zu schaffen.
  - 98 • bestehende Informationsangebote wie die "Ankommen-App" oder den "Re-  
99 fugee-Guide" zu fördern. Der Zugang zu Online-Informationen ist durch ei-  
100 ne flächendeckende WLAN-Versorgung in Erstaufnahmeeinrichtungen si-  
101 cherzustellen.
  - 102 • die Finanzierung von Rechtsberatungsangeboten für Geflüchtete zu ver-  
103 stetigen und auszubauen

## 104 **Integration durch Bildung**

105 Eine offene Gesellschaft kann nur wirklich offen sein, wenn jeder an ihr teilha-  
106 ben kann. Dafür braucht es gerechte und beste Bildungschancen. Das beinhaltet  
107 sowohl das Erlernen der deutschen Sprache und dem durch das Grundgesetz  
108 gegebenen Rahmen unserer Gesellschaft als auch potenzielle Weiterbildung, um  
109 Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Deshalb fordern wir:

- 110 • Maximalbegrenzungen für Quereinsteiger einzuführen. In Berlin beschäfti-  
111 gen Schulen mit besonders hoher Dichte an Kindern mit Migrationshinter-  
112 grund oft verhältnismäßig viele Quereinsteiger. Das wird den Schülern nicht  
113 gerecht. Schulen mit besonderem sozialen und pädagogischen Förder-  
114 schwerpunkt sollen von zusätzlichen finanziellen Mitteln profitieren können.
- 115 • frühkindliche Sprachförderung auszubauen. Wir erneuern unsere Forde-  
116 rungen nach der zusätzlichen Vergütung von sprachpädagogischen Zusatz-  
117 ausbildungen von pädagogischem Fachpersonal in KiTas. Sprachförderung  
118 in der Kita soll zudem bereits ab dem ersten sprachlich förderwürdigen  
119 Kind durch die Finanzierung einer Sprachförderfachkraft bezuschusst wer-  
120 den.

## Seite 8

- 121 • die Schulpflicht dezidiert als Freiheitsrecht der Kinder anzuerkennen. Aus-  
122 nahmen von der Schulpflicht aufgrund religiöser oder kultureller Gründe  
123 lehnen wir grundsätzlich ab. Dies gilt insbesondere für den Schwimm- und  
124 Sexualkundeunterricht. Ärztlich entschuldigte Fehlzeiten sind in diesen Fä-  
125 chern soweit möglich nachzuholen.
- 126 • an der verpflichtenden Teilnahme an Deutsch- und Integrationskursen für  
127 Verfolgte gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention oder Art. 16a GG und  
128 Menschen, bei denen der subsidiäre oder humanitäre Schutz greift oder für  
129 die ein Abschiebungsverbot gilt, festzuhalten.
- 130 • anzuerkennen, dass in Schuleinrichtungen das Erlernen der deutschen  
131 Sprache eine besondere Bedeutung haben muss. Das derzeitige Ungleich-  
132 gewicht an Schülern mit besonderem Sprachförderbedarf im Schulsystem  
133 benachteiligt genannte Schüler in ihrer Entwicklung umso mehr. Bereits vor  
134 der Einschulung soll eine flächendeckende Sprachkenntnisfeststellung statt-  
135 finden, um Schülerinnen und Schülern mit besonderem Sprachförderbedarf  
136 gezielte Förder- und Schulbesuchsangebote zu machen. Damit soll auf eine  
137 gleichmäßige Verteilung von Schülerinnen und Schülern mit besonderem  
138 Sprachförderbedarf auf die Berliner Schulen hingewirkt werden.
- 139 • im Anschluss an einen Universitätsabschluss oder eine berufliche Ausbil-  
140 dung Betroffenen eine Bleibefrist von 1,5 Jahren für die Auffindung eines  
141 der Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatzes zu ermöglichen.

## 142 **Eine offene Gesellschaft**

143 Unsere offene Gesellschaft lebt von einer Kultur der Inklusion und Offenheit für  
144 Menschen, die ihr beitreten möchten. In Berlin, das von bunter Vielfalt geprägt  
145 ist, ist die Erhaltung von Toleranz und freier Selbstbestimmung im privaten wie  
146 im öffentlichen Raum von besonderer Bedeutung. Deshalb fordern wir:

- 147 • eine praktische und lebendige Vermittlung des Grundgesetzes in Integrati-  
148 onskursen und im Politikunterricht. Dazu soll sich das Land Berlin nach  
149 Möglichkeit mit anderen Bundesländern zusammentun und ein gemeinsa-  
150 mes Konzept inklusive Materialien erarbeiten.
- 151 • erbrachte Integrationsleistungen, wie beispielsweise der erfolgreiche Ab-  
152 schluss von Sprachkursen, durch Vorteile im Rahmen des Spurwechsels  
153 oder anderweitiger Förderungen wie die Erteilung von Arbeitserlaubnissen  
154 oder der Umzug in eine eigene Unterkunft zu belohnen.
- 155 • die vermehrte Etablierung von Paten- und Mentorenprogrammen. Gut inte-  
156 grierte Geflüchtete und Ehrenamtliche sollen das Zusammenleben praxis-  
157 nah erläutern.
- 158 • „Wir-Gefühl“-stärkende Projekte nach Vorbild von „#IchDuWirNRW“ oder  
159 „GermanDream“ auszubauen.
- 160 • den Einbezug von sozialer Diversität in die Quartiersplanung. Berliner Be-  
161 zirke mit sozialen Herausforderungen müssen gezielt unterstützt werden.  
162 Die Bildung von Parallelgesellschaften wollen wir verhindern. Dazu soll in  
163 der Quartiersplanung sichergestellt werden, dass es zu keinen homogenen  
164 Bewohnerverteilungen kommt.

- 165 • der innerislamischen Debatte in Deutschland Raum zu geben und diese  
166 zukünftig auch staatlich zu fördern. Dies kann beispielsweise durch eine  
167 vielfältigere Besetzung der Islamkonferenz gelingen, die unabhängiger von  
168 ausländischen Interessen ist und unterschiedlichen Glaubensströmungen  
169 Rechnung trägt. Zudem wollen wir die verbandsunabhängige Ausbildung  
170 islamischer Prediger in Deutschland weiter vorantreiben.

## 171 **Rechtsdurchsetzung und Grenzen der Toleranz**

172 Auch eine offene Gesellschaft ist regelmäßig mit Feinden konfrontiert. Sie muss  
173 Angriffen auf sich entschieden entgegentreten. Rassismus, Antisemitismus,  
174 Rechts- und Linksextremismus und Anfeindungen gegen die LGBTQIA-Communi-  
175 ty sowie andere Formen der Hasskriminalität finden in ihr keinen Platz. Deshalb  
176 fordern wir:

- 177 • eine starke und flächendeckende Präventionsarbeit in Bezug auf organi-  
178 sierte Kriminalität, insbesondere sog. Clan-Kriminalität, und Radikalisierung.  
179 Die Fehler der 80er Jahre wollen wir nicht wiederholen und sehen es des-  
180 halb als zentral an, Zuwanderern durch aktive Integration, Bildungsangebo-  
181 te und eine Arbeitserlaubnis klare Perspektiven anzubieten. Schwerpunkt  
182 der Präventionsarbeit sind Bildungseinrichtungen. Wir wollen die Zusam-  
183 menarbeit zwischen der KMK und den Bundesbeauftragten stärken und  
184 über multiprofessionelle Teams Sozialarbeiter in Bildungseinrichtungen ein-  
185 binden. Darüber hinaus wollen wir die Finanzierung erfolgreicher Ausstiegs-  
186 und Deradikalisierungsangebote ausbauen und verstetigen. Außerdem  
187 muss verstärkt das **Internet als sozialer Raum** unter die Lupe genommen  
188 werden. Radikalisierung darf auch im Netz nicht unerkannt bleiben.
- 189 • die Nutzung des vollen Rechtsrahmens zur Bekämpfung krimineller Struk-  
190 turen. Das Aufenthaltsgesetz bietet bereits heute ausreichend Möglichkei-  
191 ten, um Gefährder und Straftäter abzuschieben. Außerdem wollen wir eine  
192 Sonderarbeitsgruppe beim Bundeskriminalamt einrichten, die u. a. die Zu-  
193 sammenarbeit aller Polizeibehörden des Bundes und der Länder koordiniert  
194 und ein bundesweites Lagebild zu Clankriminalität erstellen soll. Auch wei-  
195 tere Maßnahmen wie die Einführung eines Systems zum automatisierten  
196 Datenabgleich zwischen den Halterdaten des Kraftfahrtbundesamtes und  
197 den Sozialdaten nach dem SGB oder die personelle Aufstockung der Ab-  
198 teilung 4 des Landeskriminalamtes Berlin, das u. a. für die Bekämpfung der  
199 Organisierten Kriminalität sowie Banden- und qualifizierte Eigentumsdelikte  
200 zuständig ist, halten wir für sinnvoll.
- 201 • schnellstmöglich dem Mangel an Abschiebehaftplätzen entgegenzuwirken.
- 202 • eine Duldung aus gesundheitlichen Gründen zukünftig ausschließlich auf  
203 Grundlage amtsärztlicher Atteste durchzuführen.
- 204 • dass sich die Bundesrepublik für einen wirkungsvollen Ausbau der euro-  
205 päischen Grenzschutzbehörde Frontex starkmachen möge, um die Zielvor-  
206 gabe von 10.000 Grenzschutzkräften zu erreichen. Dabei sind effektive  
207 Kontroll- und Transparenzmechanismen aufzubauen, um illegale Zurückwei-  
208 sungen (sog. Pushbacks) auch in Zukunft zu verhindern. Dass Menschen

## Seite 10

209 vor dem Ertrinken im Mittelmeer zu retten, oberste Priorität haben muss.  
210 Frontex soll daher auch die Funktion einer europäischen Küstenwache  
211 übernehmen und dafür mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet wer-  
212 den. Die Kooperation mit den Küstenwachen von Transitländern am Mittel-  
213 meer wie Libyen oder Tunesien ist weiter auszubauen. Es darf nicht sein,  
214 dass NGOs etwas übernehmen müssen, was eigentlich selbstverständlich  
215 staatliche Aufgabe sein sollte.

216 • ein geregeltes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten einzu-  
217 führen. Zukünftig soll die Bundesregierung im Rahmen der turnusmäßigen  
218 Berichterstattung an den Deutschen Bundestag stets prüfen, bei welchen  
219 Staaten die Anerkennungsquote seit mindestens fünf Jahren sowie im  
220 Durchschnitt der letzten zehn Jahre unter fünf Prozent liegt. Regelmäßig  
221 soll die Bundesregierung soweit möglich dem Bundestag einen Gesetzent-  
222 wurf zur Einstufung der betroffenen Staaten vorlegen.

223

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag SA001

**Betr.: Wir sind kein Gottesstaat! – Säkularisierung der Grundgesetz-Präambel**

**Antragsteller: BV CWS**

## 1 **Wir sind kein Gottesstaat! – Säkularisierung** 2 **der Grundgesetz-Präambel**

3 Die Jungen Liberalen Berlin fordern, im ersten Satz der Präambel des  
4 Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland die Worte „Gott und“ zu  
5 streichen, sodass dieser fortan wie folgt lautet: „Im Bewusstsein seiner  
6 Verantwortung vor den Menschen, von dem Willen beseelt, als  
7 gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu  
8 dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt  
9 dieses Grundgesetz gegeben.“

10

### **Begründung:**

Laut den Zahlen der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid) für das Jahr 2019 sind 38,8 % der Deutschen konfessionslos. Damit bilden diese die mit Abstand größte Gruppe, gefolgt von der Römisch-Katholischen Kirche (27,1 %) und der Evangelischen Kirche (24,9 %). Die Zahl der aktiv Gläubigen beträgt sogar lediglich 7,9 %. Die Frage „Welche Bedeutung haben Religion und Glaube für Sie?“ im ARD-Deutschlandtrend Juni 2017 beantworteten 36 % mit „geringe Bedeutung“, 27 % mit „gar keine Bedeutung“. Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes längst nicht mehr zeitgemäß ist. Weder die Paulskirchenverfassung von 1849 noch die Verfassung der Weimarer Republik von 1919 enthielten einen Gottesbezug. Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee (1948) hatte ebenfalls noch keinen expliziten Gottesbezug formuliert. Im Sinne der religiös-weltanschaulich Neutralität des Staates gibt es keine validen Gründe für einen Gottesbezug in unserer Verfassung. Weder der Staat noch seine Bürger stehen in einer Verantwortung vor „Gott“. Während der erwähnte „Gott“ zwar nicht explizit christlich ist, so hat dies doch einen eindeutig monotheistischen Klang, womit polytheistische Religionen ausgeschlossen werden. weitere Ausführungen erfolgen mündlich

# Antrag SA002

**Betr.: Mindestlohn statt Zwangsarbeit - Für Lohnpflicht von Pflichtpraktika**

**Antragsteller: BV Mitte**

## 1 **Mindestlohn statt Zwangsarbeit - Für Lohn-** 2 **pflicht von Pflichtpraktika**

3 Pflichtpraktika, die von Ausbildungseinrichtungen, Universitäten, Hochschulen  
4 oder einer Ausbildungsordnung vorgeschrieben sind, werden nur selten vergütet  
5 und Studierende, die den Mindestlohn für ihre Arbeitspflichtleistung erhalten, sind  
6 Exoten. Die Mieten in Deutschland steigen und auch Unistädte bleiben davon  
7 nicht verschont. Viele Studierende müssen während ihrer Ausbildung für ihre Le-  
8 benshaltungskosten selbst aufkommen. Das Ausüben von z.B. Werkstudieren-  
9 dentätigkeiten ist jedoch in Zeiten von Pflichtpraktika nur schwer und oft gar  
10 nicht möglich. Während man in manchen Studiengängen die vorlesungsfreie Zeit  
11 nutzen kann, um sich Unterhalt für das nächste Semester zu verdienen, müssen  
12 andere Pflichtpraktika ableisten. Ein drastisches Beispiel ist das Medizinstudium:  
13 3 Monate Pflegepraktikum, 4 Monate Famulatur und 12 Monate ein Praktisches  
14 Jahr. Verdienst: 0 Euro – und das bei einer Arbeit in Vollzeit, die gerade zu Pan-  
15 demiezeiten einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag leistet. Dieses Beispiel  
16 steht stellvertretend für die Abhängigkeit in dieser Situation, die vielerorts in Form  
17 von nicht-existierenden Entlohnungen ausgenutzt wird.

18 Deshalb fordern die Jungen Liberalen Berlin,...

19 ...dassalle – im Rahmen von Pflichtpraktika, die im Gesamtzeitraum des Studi-  
20 enganges 3 Monate überschreiten, – entsprechend ihrer Qualifikation und Tätig-  
21 keit bezahlt werden und hierbei mindestens den gesetzlichen, branchenüblichen  
22 Mindestlohn erhalten. Öffentliche Träger und Beliehende dürfen grundsätzlich nur  
23 bezahlte Praktikumsstellen anbieten. Schulische Praktika, wie ein Sozialpraktikum  
24 in der 8. Klasse, sind hiervon ausgenommen.

25 ...dassdie Einkünfte aus bezahlten Pflichtpraktika steuer- und sozialabgabenbe-  
26 freit sind.

27 ...dassdie Mehrkosten der öffentliche Träger der Praktikumsstellen, wie z. B.  
28 kommunale Krankenhäuser oder Behörden, kompensiert werden.

29

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.



# Antrag SA003

**Betr.: One more chance**

**Antragsteller: Bezirksverband Reinickendorf**

1 Die Jungen Liberalen fordern eine Verbesserung der Situation von Obdach- und  
2 Wohnungslosen in Berlin.

3 Wir sprechen uns für die Aufstellung von vorübergehenden Schlafplätzen, bei-  
4 spielsweise den Ulmer Nestern aus. Ulmer Nester bieten einen sicheren Schlaf-  
5 platz und können platz- und kostengünstig aufgestellt werden. Zusätzlich sollten  
6 niedrigschwellige Betreuungsangebote geschaffen werden. Hierfür sind geeignete  
7 Grünflächen im Stadtgebiet zu finden.

8 Des Weiteren fordern wir, Care-Pakete mit allgemeinen Hygieneartikeln (Damen-  
9 binden, Zahnbürsten o.ä.) sowie Corona-Schutz-Equipment (FFP2-Masken,  
10 Selbsttests) für obdachlose Menschen zur Verfügung zu stellen. Diese können  
11 insbesondere in der derzeitigen Lage helfen, aber auch generell die Lebensquali-  
12 tät verbessern.

13 Um die amtliche längerfristige Hilfe für alle Obdach- und Wohnungslose zu ver-  
14 bessern, möchten wir entsprechende Formulare in den Berliner Ämtern zukünftig  
15 mehrsprachig (neben deutsch und englisch auch polnisch, russisch, tschechisch  
16 etc.) ausgestalten.

17 Außerdem sollte der Ausbau von öffentlichem WLAN und frei zugänglichen  
18 USB-Ports vorangetrieben werden.

19 Wir fordern eine bessere finanzielle Ausstattung der Obdachlosenhilfe insge-  
20 samt. Das Land und die Bezirke sollten hier sehr viel enger zusammenarbeiten.  
21 Angebote wie der Hygienebus, die derzeit nur wenig genutzt werden, sollen eva-  
22 luiert und neu aufgestellt werden.

23 Auch fordern wir die Verabschiedung einer gesetzlichen Grundlage, um daten-  
24 schutzkonforme Präventionsangebote zu implementieren, welche Menschen vor  
25 drohender Obdachlosigkeit in Berlin schützen. Des Weiteren sprechen wir uns  
26 für eine Machbarkeitsstudie für datensparsame bzw. anonyme Präventionsmaß-  
27 nahmen gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit aus.

28

## **Begründung:**

erfolgt mündlich

zum Datenschutzabsatz:

## Seite 14

Im Rahmen unseres Themenmonats zur Obdach- und Wohnungslosigkeit haben wir mit Experten gesprochen, die sich gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit engagieren und Wohnungslose unterstützen. Von den Experten wären präventive Maßnahmen gegen Wohnungslosigkeit zu begrüßen (also Hilfe für Betroffene, bevor sie ihre Wohnung verlieren). Präventive Maßnahmen würden die bereits viel zu knappen Ressourcen, die im Kampf gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit, weniger in Anspruch nehmen als kurative Maßnahmen (solche Maßnahmen, die bei bereits fortwährender Obdachlosigkeit zum Einsatz kommen). Auch ist die Erfolgswahrscheinlichkeit einer präventiven Maßnahme weitaus höher als die einer kurativen Maßnahme.

Jedoch scheitern engagierte Akteure bei der Umsetzung der präventiven Maßnahmen an bürokratischen Hindernissen, insbesondere an den Anforderungen des Datenschutzrechts. Eine gesetzliche Grundlage kann hier die rechtlichen Rahmenbedingungen der präventiven Maßnahmen festlegen. Damit werden Datenverarbeitungen zum Schutz der Betroffenen nach Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO legitimiert. Die Umsetzung der präventiven Maßnahmen kann dann ohne rechtlichen Mehraufwand (zB eine Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO) erfolgen. So ist es dann auch Institutionen ohne oder mit ausgelasteten Rechtsabteilungen möglich, präventive Maßnahmen gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit datenschutzkonform zu etablieren.

Die Information über eine drohende Wohnungslosigkeit stellt ein sensibles Datum dar, deren Verarbeitung stets zweckgebunden und mit Bedacht erfolgen sollte. Daher sprechen wir uns für die Entwicklung und Anwendung möglichst datensparsamer und ggf. sogar anonymer Präventivmaßnahmen aus (denkbar wäre ein Ansatz, der sich am Zero Knowledge Prinzip orientiert), sodass die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen nicht einmal berührt werden.

# Antrag SA004

**Betr.: Weil wir Dich lieben: Tickets so individuell wie Du**

**Antragsteller: Bezirksverband Reinickendorf**

1 Die Jungen Liberalen fordern eine Überarbeitung des Berliner ÖPNV-Tarifsys-  
2 tems.

3 Die Überarbeitung soll die folgenden Punkte ermöglichen.

4 1. Für die Tarifbereiche A, B und C sollen neben den kombinierten Tickets AB,  
5 BC und ABC auch Einzel-Tickets (also nur A, B oder C) angeboten werden. Dies  
6 soll sowohl die regulären Fahrscheine, als auch die Monats- und Zeitkarten um-  
7 fassen.

8 2. Genauso wie für Azubis, soll es auch für Studierende und Personen über 65  
9 eine 365-Euro-Ticket geben. Der Preis des Semestertickets soll dementsprechend  
10 angepasst werden.

11 3. Der neue Flughafen der Hauptstadtregion sollte in Zukunft einfacher anzufah-  
12 ren sein. Daher schlagen wir ein „BER-Ticket“ vor, mit dem man von überall in  
13 den Tarifzonen A, B und C aus zum Festpreis zum Flughafen kommt. Außerdem  
14 fordern wir eine Kooperation mit dem Flughafenbetreiber, die ähnlich dem Ci-  
15 ty+-Modell der Deutschen Bahn, die Fahrt von und zum Flughafen in ein Flugti-  
16 cket integriert.

17 4. Das bisherige Fahrradticket ist nicht mehr zeitgemäß. Das Fahrrad wird für  
18 zunehmend mehr Menschen in Berlin zum gewohnten Begleiter im Alltag. Des-  
19 halb fordern wir die Einführung kombinierter Tickets, die also sowohl die Perso-  
20 nen-, als auch die Fahrrad-Beförderung enthalten.

21

## **Begründung:**

erfolgt mündlich

# Antrag SA005

**Betr.: Mehr Wettbewerb in den Fahrschulen**

**Antragsteller: Bezirksverband Reinickendorf**

## 1 Mehr Wettbewerb in den Fahrschulen

2 2022 Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer unterrichten an 449 Fahrschulen in Berlin  
3 das Autofahren. 50.000 Fahrschülerinnen und Fahrschüler absolvieren jährlich  
4 ihre Prüfungen in Berlin. Obwohl damit eine große Kundschaft existiert, bleibt der  
5 Wettbewerb unter den Fahrschulen doch intransparent. Da jeder Fahrschüler und  
6 jede Fahrschülerin in der Regel nur einmal die Fahrschule besucht, müssen sich  
7 neue Prüflinge auf Rezensionen im Internet und Empfehlungen von Freunden  
8 verlassen. Auch die Fahrschulen sind davon abhängig. Das erschwert guten  
9 Fahrschulen eine erfolgreiche Ansprache neuer Prüflinge.

10 Da der Erwerb eines Führerscheins aufgrund der vielen Fahrstunden meist recht  
11 teuer ist, vergleichen viele Interessierte in der Regel die Preise der Fahrschulen.  
12 Dabei können sie jedoch nicht beurteilen, wie gut die Ausbildungsqualität der  
13 einzelnen Fahrschulen ist. In der Folge gibt es einige Fahrschulen, welche mit  
14 besonders günstigen Angeboten Interessierte anlocken und schnell zur ersten  
15 Prüfung zulassen. Fällt der Prüfling durch, werden zusätzliche Fahrstunden nö-  
16 tigt. Der Führerschein wird teurer als gedacht, zulasten des Prüflings. Die Fahr-  
17 schule hat ein ökonomisches Interesse daran, dass die eigenen Prüflinge durch  
18 die Fahrprüfung fallen. Diese gängige Praxis wird auch vom Fahrlehrer-Verband  
19 Berlin kritisiert.

20 Die Jungen Liberalen Berlin begrüßen daher die Entscheidung des Senats, ei-  
21 nen eigenen Fachbereich zur Fahrschulüberwachung eingerichtet zu haben. Alle  
22 zwei Jahre soll künftig der Theorieunterricht und die Fahrpraxis beobachtet wer-  
23 den. Wir JuLis kritisieren jedoch, dass trotz Einrichtung im Jahr 2020 bis heute  
24 keine Kontrollen tatsächlich durchgeführt wurden.

25 Darüber hinaus fordern wir JuLis die Einrichtung eines vom Senat betriebenen  
26 Vergleichsportals, über welches für alle ablesbar sein soll, wie hoch die Quote  
27 der bestandenen Fahrprüfungen der Fahrschule liegt. Von einem solchem Portal  
28 würden zum einen die Schülerinnen und Schüler profitieren, weil sie bei einem  
29 transparenten Marktangebot das passende auswählen können. Zum anderen  
30 würden aber auch die guten Fahrschulen profitieren, weil neben dem Preis auch  
31 die Qualität der Lehre messbar und transparent ablesbar ist.

32 Die Quote der bestandenen Prüfungen sollen anonymisiert von allen Fahrschu-  
33 len im Portal dargestellt werden. Weitere Informationen wie die benötigten Fahr-  
34 stunden oder die entstandenen Kosten sollen von den Fahrschulen zusätzlich  
35 und freiwillig angegeben werden können.

36

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag SA006

**Betr.: Freedom Day – Zeit für German Mut**

**Antragsteller: Vorstand JuLis SZ**

## 1 Freedom Day – Zeit für German Mut

2 Nach dem erstmaligen Ausbruch im Jahr 2019 entwickelte sich die neuartige  
3 Atemwegserkrankung COVID-19 in China schnell zur Epidemie und wurde im  
4 März 2020 durch die Weltgesundheitsorganisation zur weltweiten Pandemie er-  
5 klärt. Bereits nach wenigen Monaten konnten hochwirksame Impfstoffe gegen die  
6 Infektion mit SARS-CoV-2 entwickelt und zugelassen werden – ein beispielloser  
7 Erfolg der modernen Medizin und des Unternehmertums. Der schnelle Fortgang  
8 des Impfprozesses ist seitdem die wichtigste Maßnahme im Kampf gegen die  
9 Pandemie. Inzwischen ist besagter auch in der Bundesrepublik weit fortgeschrit-  
10 ten. Jeder, der möchte und durfte, kann und konnte sich mittlerweile mittels Imp-  
11 fung gegen den schweren Verlauf einer COVID-19-Erkrankung schützen. Gleich-  
12 zeitig haben uns das Beispiel des Freedom Day in England und die Erfahrungen  
13 aus Dänemark gezeigt, dass eine Rückkehr zur Freiheit und Eigenverantwortung  
14 möglich ist. Insgesamt entfällt damit die Grundlage staatlicher Einschränkungen  
15 im Zusammenhang mit der Pandemie. Wir fordern daher das Ende coronabe-  
16 dingter Einschränkungen zu einem zeitnah festzulegenden fixen Stichtag nach  
17 Vorbild des englischen Freedom Day. Gleichzeitig betonen wir, dass

- 18 • sich Menschen mit für COVID-19 typischen Symptomen weitmöglich isolie-  
19 ren und entsprechend testen lassen sollten.
- 20 • Personen, die sich beruflich bedingt einem besonders hohen Infektionsrisiko  
21 ausgesetzt sehen, regelmäßig von den mittlerweile ausgesprochen preis-  
22 günstigen Möglichkeiten zur Schnelltestung Gebrauch machen sollten.
- 23 • die besondere Berücksichtigung von Hygienemaßnahmen nach wie vor  
24 zentraler Bestandteil einer effektiven Gesundheitsvorsorge ist.
- 25 • die Benutzung eines Mund-Nasen-Schutzes insbesondere in Gebieten mit  
26 hohem Menschaufkommen enorm dem eigenen Schutz dienen kann.
- 27 • wir Arbeitgeber nach wie vor in der Verantwortung sehen, vernünftiges Ri-  
28 sikomanagement im Sinne ihrer Angestellten und Kunden zu betreiben.
- 29 • die Corona-Warn-App weiter betrieben und genutzt werden sollte.

30 Gleichzeitig wollen wir Umfang und Tempo des deutschen Impfprozesses noch  
31 einmal deutlich steigern. Dabei muss der Impfstoff vermehrt dahin gelangen, wo  
32 die Menschen ohnehin bereits sind. Wir fordern daher:

- 33 • niedrigschwellige Impfangebote konsequent zu intensivieren. Unbürokrati-  
34 sche Impfmöglichkeiten für jedermann etwa an Parkplätzen, Einkaufszent-  
35 ren oder bei Großveranstaltungen müssen zur Regel werden.

## Seite 19

- 36 • noch intensiver und gezielter für Impfungen zu werben. In die Kommunika-  
37 tionsstrategie sollten vermehrt Prominente und Influencer eingebunden wer-  
38 den.
- 39 • die klinische Forschung von Anticorona-Medikamenten zu fördern. In die-  
40 sem Zusammenhang sollte die Bundesregierung auch die Genehmigungs-  
41 verfahren für klinische Studien und die Zulassungsverfahren für erfolgreich  
42 getestete Medikamente gegen SARS-CoV-2 beim Bundesinstitut für Arznei-  
43 mittel und Medizinprodukte beschleunigen sowie von für die Arzneimittelsi-  
44 cherheit verzichtbaren bürokratischen Fristen und Vorgaben befreien.

45

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag SA007

**Betr.: Infrastrukturprojekt Havel**

**Antragsteller: BV CWS**

1 Die Verkehrslage auf der Heerstraße, zu den Hauptverkehrszeiten, wird immer  
2 prekärer und die einzige Möglichkeit für die wachsende Zahl der Berliner aus  
3 Kladow und Gatow ihre jeweiligen Ortsteile zu verlassen, ist nach wie vor der  
4 Weg über die Heerstraße und das mit dem Bus, Pkw oder mit dem Fahrrad. Wir  
5 fordern daher folgendes Infrastrukturprojekt, zur verbesserten Anbindung dieser  
6 Ortsteile:

7 Eine U-Bahn Anbindung, die durch eine Verlängerung der U3 gewährleistet wer-  
8 den kann. Die U-Bahn Linie soll unterirdisch unter dem Grunewald verlaufen,  
9 ausgehend von einer weiteren Verlängerung von der Station Krumme Lanke  
10 –Mexikoplatz und überirdisch über die Havel. Die dadurch entstehende überirdi-  
11 sche Überführung, soll weiterhin als Brücke genutzt werden können. Diese Brü-  
12 cke soll außerdem Platz schaffen für eine zweispurige Straße und einen zwei-  
13 spurigen Fahrradweg. Im Grunewald selber soll eine weitere Straße gebaut wer-  
14 den, ähnlich der Havelchaussee, die sich, ähnlich wie die vorgesehene U3-Ver-  
15 längerung, in Richtung Mexikoplatz erstreckt.

16 Durch dieses Verkehrsprojekt kann der Südwesten Berlins mit dem Süden Berlins  
17 verbunden werden und das mittels U Bahn, Pkw und Fahrrad.

18

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich



# Antrag SA008

**Betr.: Die Hecke muss weg!**

**Antragsteller: BV CWS**

1 Die JuLis Berlin fordern, dass die Hecke an der Berkaer/Breite Straße ausrei-  
2 chend gestutzt und wenn nötig entfernt wird. Nur so kann ein sicheres abbiegen  
3 gewährleistet werden.

4

# Antrag SA009

**Betr.: Generationengerechtigkeit muss der Maßstab sein**

**Antragsteller: BV CWS**

- 1 Die gegenwärtige Politik ist für den Normalverbraucher oft intransparent. Der  
2 Auswirkungen von Entscheidungen der Verantwortungsträger sind sich viele Bür-  
3 ger nicht bewusst. Deshalb soll ein regelmäßiger Nachhaltigkeitsbericht am Ende  
4 der Legislaturperiode über die Auswirkungen der Politik der Bundesregierung dar-  
5 gelegt werden. Dieser Bericht soll durch sich abwechselnd verschiedene Institute  
6 erstellt und öffentlich zugänglich gemacht werden. Die Inhalte des Berichtes sol-  
7 len sich auf die Auswirkungen und Belastungen der politischen Ausgestaltung,  
8 insbesondere der Finanzpolitik für die zukünftigen Generationen der Bundesrepu-  
9 blik Deutschland beziehen.
- 10 Die Einführung eines Nachhaltigkeitsberichtes sorgt für mehr Transparenz, schafft  
11 mündigere Bürger und fördert eine höhere Zukunftsbeständigkeit, sowie Langfris-  
12 tqualität von politischen Entscheidungen.
- 13

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich

# Antrag SA010

**Betr.: Uns Berlinern bleibt nicht die Sprache weg!**

**Antragsteller: BV Mitte**

## 1 **Uns Berlinern bleibt nicht die Sprache weg!**

2 In Deutschland wird das Erlernen einer zweiten Fremdsprache nur von Schü-  
3 ler\*innen gefordert, die ein Abitur anstreben. Das führt dazu, dass in Deutsch-  
4 land nur Ein-Drittel aller Schüler\*innen eine zweite Fremdsprache erlernen. Somit  
5 wird vielen Schüler\*innen ein wichtiges Gut der europäischen Union und des kul-  
6 turellen Austauschs verwehrt. Darüber hinaus gibt es gerade in Ausbildungsber-  
7 eufen wie beispielsweise im Hotelmanagement oder im Tourismusgeschäft einen  
8 großen Bedarf an Fremdsprachen. Daher fordern, dass die zweite Fremdsprache  
9 ebenfalls eine Voraussetzung für den MSA wird. Deutschland ist beim Thema  
10 Fremdspracherwerb ein Schlusslicht, da hierzulande nur 34,5% der Schüler\*in-  
11 nen eine Fremdsprache lernen, zum Vergleich liegt der EU-Durchschnitt bei  
12 58,8% .

13 Darüber hinaus besteht die Wahlmöglichkeit einer zweiten u.o. dritten Fremd-  
14 sprache in Berlin erst ab der siebten oder ab der neunten Klasse. Dies erweist  
15 sich als nachteilig, da die Lernenden gerade in der Pubertät sehr große Hem-  
16 mungen in Bezug auf die Sprachpraxis haben und den Fremdsprachenunterricht  
17 im Gegensatz zum Englischunterricht, der ab Klasse 3 erfolgt, negativer wahr-  
18 nehmen, womit deutlich weniger Leistung festzustellen ist. Weiterhin muss drin-  
19 gend der gesamte Aufbau des schulischen Fremdsprachenunterrichts verändert  
20 werden. Im Gegensatz zum Englischunterricht erkennen die Schüler\*innen kei-  
21 nen großen Sinn in der Erlernung einer weiteren Fremdsprache, da sie mit ihr  
22 außerunterrichtlich kaum in Berührung treten. Gerade im Hinblick auf die Globali-  
23 sierung, den Arbeitsmarkt und unsere europäischen Werte, muss auch in den  
24 Schulen klar erkennbar sein, welche Vorteile die Beherrschung einer zweiten  
25 Fremdsprache hat.

26 Um dies umzusetzen, fordern wir:

- 27 • mehr Austauschprogramme im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts  
28 und mehr Informationen darüber an Schulen / mehr Förderprogramme.
- 29 • mehr Integration von interkultureller Kompetenz in den Fremdsprachenun-  
30 terricht, um Vorurteile abzubauen.
- 31 • digitale Tandemangebote mit Partnerschulen im Zielsprachenland.
- 32 • eine Änderung des Rahmenlehrplanes, der den Lehrkräften mehr Flexibili-  
33 tät und mehr Anpassungsmöglichkeit auf die jeweilige Klasse gibt. Die an-  
34 gestrebten Ziele des Rahmenlehrplanes im Bereich Grammatik müssen in  
35 den Anfangsjahren des Fremdspracherwerbs drastisch reduziert werden,  
36 damit den Schüler\*innen mehr Raum für Sprachpraxis gegeben wird und

## Seite 24

- 37 eine Sprachbasis geschaffen werden kann. Hierfür soll der Anteil der  
38 Sprechkompetenz 70% und der Grammatik 30% des Unterrichts betragen.
- 39 • kleinere Klassengruppen im Fremdsprachenunterricht nach Gruppenmo-  
40 dell: Gruppe A hat Regelunterricht, Gruppe B hat „Interaktion“ (Anwendung  
41 des Gelernten), welche durch Fremdsprachenstudierende unterstützt wer-  
42 den kann.
  - 43 • In Zukunft sollen bilignuale KiTas die Norm werden. (Englisch als Fremd-  
44 sprache soll dann schon hier erlernt werden)
  - 45 • die langfristige Einführung einer fakultativen zweiten Fremdsprache in der  
46 Grundschule, wobei hier zwischen Klasse 3 und 5 variiert werden kann, je  
47 nach Lernstand der Schüler\*innen. Die Sprachklassen in der Grundschule  
48 können jahrgangsübergreifend angeboten werden.
  - 49 • Projekte, die sich schon jetzt daran orientieren sollen, weiter ausgebaut  
50 und stärker gefördert werden.
  - 51 • Gerade in einer multikulturellen Stadt wie Berlin, sollten wir die sprachliche  
52 Vielfalt der Schülerinnen nutzen. Deshalb möchten wir neben den gängigen  
53 Fremdsprachen auch andere Sprachen wie zum Beispiel Türkisch oder  
54 Arabisch anbieten. Dies kann zum einen den Sprachstand der Schüler\*in  
55 verbessern und zum anderen kann man den interkulturelle Austausch för-  
56 dern, indem im Fremdsprachenunterricht auch über Geschichte und Kultur  
57 gesprochen wird.
  - 58 • Ein drittes Problem ist die Abschlussnote auf dem Abiturzeugnis. Obwohl  
59 die Rahmenlehrpläne nach i.d.R. vier Jahren Fremdsprachenerwerb das  
60 Sprachniveau B1 vorsehen, ist dies kaum zutreffend. Darüber hinaus kön-  
61 nen die meisten Schüler\*innen die erlernte Sprache (Ausnahme Englisch)  
62 sehr schlecht sprechen. Um dies zu unterbinden, ist ein verpflichtender,  
63 standardisierter, externer Sprachtest durchzuführen, dessen bescheinigtes  
64 Sprachniveau auf dem Abschlusszeugnis vermerkt wird.
  - 65 • Natürlich muss sichergestellt werden, dass Kinder, deren Erstsprache nicht  
66 Deutsch ist, durch das zusätzliche Sprachangebot in der Kita und/oder in  
67 der Schule nicht überfordert werden. Daher fordern wir an dieser Stelle ge-  
68 zielte Förderangebote und die Möglichkeit Englisch oder die zweite/dritte  
69 Fremdsprache erst im späteren Verlauf zu erlernen. Dies soll ebenfalls an-  
70 hand von individualisierten Tests entschieden werden.

71

### **Begründung:**

erfolgt mündlich

# Antrag SA011

**Betr.:** Ampelkennzeichnung für Reparierbarkeit von  
Elektronikprodukten

**Antragsteller:** BV Mitte

## 1 **Ampelkennzeichnung für Reparierbarkeit von** 2 **Elektronikprodukten**

3 Um mehr Transparenz für Konsument\*innen zu schaffen, fordern wir für Elek-  
4 tronikprodukte (Smartphones, Laptops, Waschmaschinen, etc.) eine verpflichten-  
5 de Ampelkennzeichnung, einen Reparaturindex nach dem französischen Modell  
6 mit den Kriterien: Güte der Dokumentation, Einfachheit der Zerlegbarkeit, Verfüg-  
7 barkeit von Ersatzteilen und den Preisen der Ersatzteile. Der Index soll also ana-  
8 log zu Lebensmittelampeln oder Energielabeln, indizieren, wie leicht sich die ge-  
9 kennzeichneten Produkte im Schadensfall reparieren lassen. Gleichsam setzt die  
10 Ampelkennzeichnung einen Anreiz für Hersteller, Produkte so zu designen, dass  
11 sie sich einfacher reparieren lassen und langlebiger sind.

12

### **Begründung:**

erfolgt mündlich

# Antrag SA012

**Betr.:** Antisemitismus entschieden entgegentreten - immer und überall!

**Antragsteller:** LFA Soziales, Arbeit und Wirtschaft, LFA Gender und Diversity, Anna Staroselski

## 1 Antisemitismus entschieden entgegentreten - 2 immer und überall!

3 Nach 1700 Jahren des jüdischen Lebens in Deutschland, die prägend für unse-  
4 re Gesellschaft und unsere Kultur ist sind Juden selbstverständlich ein integraler  
5 Bestandteil unserer Gesellschaft.

6 Deshalb ist es unverständlich, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland immer  
7 noch diskriminiert oder angefeindet werden. Gerade in den letzten Jahren und  
8 insbesondere durch die Corona Pandemie, haben antijüdische Ressentiments  
9 und Aggression bis in die Mitte der Gesellschaft weiterzugenommen. Sei es  
10 durch die die Zunahme der Verbreitung antisemitischer Verschwörungserzählun-  
11 gen, Shoa-Relativierungen oder durch eine aufgezwungene Opferrolle, in die Jü-  
12 dinnen und Juden gedrängt werden. Jüdinnen und Juden sehen sich antisemiti-  
13 schen Anfeindungen überall im Alltag ausgesetzt – von Beleidigungen im Fan-  
14 block bei einem Fußballspiel, über Diskriminierungen in der Schule oder sogar in  
15 einem Luxushotel, über gewalttätige Übergriffe bundesweit bis hin zu extremisti-  
16 schen Anschlägen, wie in Halle an der Saale.

17 Deshalb stellen sich die Jungen Liberalen Berlin in aller Form gegen den welt-  
18 und deutschlandweiten Antisemitismus. Diese Aufgabe soll nicht allein den staat-  
19 lichen Stellen oder gar der jüdischen Community selbst überlassen bleiben. Ins-  
20 besondere Bildungs- und Sozialeinrichtungen, staatliche- und halbstaatliche Insti-  
21 tutionen, sowie zivilgesellschaftliche Organisationen müssen sich ganz klar ge-  
22 gen antisemitische Ansichten und Handlungen positionieren und dürfen in ihren  
23 Reihen keinen Platz für Antisemitismus lassen. Dabei sprechen wir uns auch  
24 ausdrücklich gegen jegliche Benachteiligung von anderen gesellschaftlichen  
25 Gruppen aus.

26 Die Jungen Liberalen Berlin fordern die Legislative auf, konkrete Maßnahmen  
27 gegen Antisemitismus im Bereich der Bildungs- und Sozialeinrichtungen, sowie  
28 sich im Bereich eines interreligiösen und -kulturellen Austauschs einzusetzen.  
29 Deshalb fordern wir:

- 30 • Lehrende und Erziehende in Bezug auf Antisemitismus zu sensibilisieren  
31 und zu schulen, um bereits früh im Rahmen der Aus- und Weiterbildung  
32 Präventivmaßnahmen einzuleiten.

## Seite 27

- 33 • Die didaktischen und pädagogischen Bildungsinhalte müssen auf die ge-  
34 gesellschaftlichen Herausforderungen der Zeit aktualisiert und angepasst wer-  
35 den. Hierbei soll explizit auch ein Medienkompetenz-Unterricht an Schulen  
36 auch im Hinblick auf extremistische, rassistische und antisemitische Inhalte  
37 im Netz in den Lehrplan aufgenommen werden.
- 38 • Die vertiefte Aufklärung über antisemitische Verschwörungsmythen im  
39 Rahmen entsprechender Projekte der Bundeszentrale für politische Bildung  
40 und der angekündigten Bundeszentrale für digitale Aufklärung.
- 41 • Den verpflichtenden Besuch von Gedenkstätten, zur Aufarbeitung der  
42 Shoa.
- 43 • Eine Anpassung der Lehrpläne mit stärkerer Fokussierung auch auf aktuel-  
44 le Probleme und Variationen des Antisemitismus. Insbesondere sollen in  
45 diesem Kontext auch die Verbindungen des Nahostkonflikts mit israelbezo-  
46 genem Antisemitismus in den Fokus rücken.
- 47 • Ein starkes Entgegenreten gegen jegliche Art von antisemitischen De-  
48 monstrationen wie der Al-Quds Demonstration.
- 49 • Meldepflichten für antisemitische Vorfälle einzurichten. Insbesondere for-  
50 dern wir hierfür eine stärkere Zusammenarbeit der Meldestellen mit der Re-  
51 cherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) auf Landesebene,  
52 damit diese als zentrale Meldestelle in Berlin fungiert. Diese soll entspre-  
53 chend ausgestattet werden, um schnell auf Einzelvorfälle an Schulen, aber  
54 genauso auf Anfrage auch an Universitäten oder in Unternehmen, zu re-  
55 agieren. Ebenso soll diese Stelle durch Aufklärungsarbeit, Gespräche mit  
56 Schülern, Eltern und Lehrenden die Betreuung der Opfer antisemitische  
57 Vorfälle aufarbeiten. Die dabei erfassten Daten sind anonymisiert, jährlich  
58 zu veröffentlichen. Die Motivation der Täter ist ebenfalls zu erfassen, um  
59 aus den statistischen Erkenntnissen Präventionsstrategien zu entwickeln.
- 60 • den deutsch-israelischen Jugend- und Bildungsaustausch zu einem Ju-  
61 gend- und Bildungswerk mit bilateralen Strukturen auszubauen, ähnlich  
62 dem deutsch-französischen Jugendwerk, um einen kulturellen Bildungser-  
63 werb gerade auch im Bereich der integrativen Zusammenarbeit bei Ge-  
64 flüchteten sicherzustellen, um antijüdische Ressentiments vorzubeugen.  
65 Ebenso soll dies auf Landesebene von der Senatsverwaltung für Bildung fi-  
66 nanziell unterstützt werden.
- 67 • Gedenktage aber auch die jüdische Kultur in der Schule stärker zu thema-  
68 tisieren, um ein positives und lebendiges Bild der jüdischen Kultur in der  
69 Gesellschaft zu etablieren, sowie den Austausch mit der heutigen jüdi-  
70 schen Community zu forcieren.
- 71 • jüdische Feiertage in der Planung von Klausuren und Examina zu berück-  
72 sichtigen und Ausweichtermine für aus religiösen Gründen nicht wahr-  
73 nehmbar Prüfungen anzubieten.
- 74 • Die beste Ausstattung für die Polizei-, Jugend- und Strafverfolgungsbehör-  
75 den, um gegen antisemitische Vorfälle vorzugehen.
- 76 • Neben der Gefahr des Antisemitismus in seiner hier unterschwelligem und  
77 aggressiven Form gewinnt auch der kulturell- und religionsbegründete Anti-

## Seite 28

78 semitismus an Bedeutung. Daher fordern wir hier entsprechende Präventiv-  
79 maßnahmen, um antisemitische Ressentiments abzubauen.

- 80 • Dafür müssen bereits in der polizeilichen Ausbildung sowie wiederholt  
81 während ihrer Dienstzeit Polizeianwärter und –beamte in der Erkennung  
82 von und im Umgang mit Hasskriminalität & Antisemitismus geschult und  
83 sensibilisiert werden.
- 84 • Antisemitismus ist volksverhetzend und muss dementsprechend geahndet  
85 wird. Um einen rechtlichen Rahmen für antisemitische Straftaten zu schaf-  
86 fen, fordern wir die Definition der International Holocaust Remembrance  
87 Association (IHRA) als rechtlich bindend anzunehmen.

88 Damit ein langfristiger Erfolg dieser Maßnahmen eintreten kann, muss der  
89 Kampf gegen Antisemitismus aus freier Überzeugung und aus intrinsischer Moti-  
90 vation heraus, geführt werden. Als Basis für eine nachhaltige Bekämpfung von  
91 Antisemitismus, muss die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schulen, aber  
92 auch zwischen Arbeitnehmervertretern und Unternehmen gestärkt werden. Auch  
93 Darüber hinaus sind die unabhängige Forschung und kritische wissenschaftliche  
94 Begleitung der Debatte bzgl. des Antisemitismus in Deutschland, insbesondere  
95 durch Historiker, Gesellschaftsforscher und Politikwissenschaftler, weiterhin si-  
96 cherzustellen und auszubauen.

97

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.



# Antrag SA013

**Betr.: Auslandseinsätze der Bundeswehr - Klare Ziele für ein klares Mandat**

**Antragsteller: Landesfachausschuss Europa, Bürgerrechte und Inneres**

## 1 Auslandseinsätze der Bundeswehr - Klare Ziele für ein klares Mandat

2

3 Der Abschluss des 20-jährigen Afghanistaneinsatzes weist eine verheerende Bi-  
4 lanz aus: 59 gefallene deutsche Soldaten, mehr als 12 Milliarden Euro an Ausga-  
5 ben und eine Verschlechterung der Sicherheitslage im Land. Um zukünftig sol-  
6 che verlustreichen und ergebnislosen Auslandseinsätze zu vermeiden und statt-  
7 dessen Auslandseinsätze zu führen, die zur tatsächlichen Verbesserung der Si-  
8 cherheitslage im Ausland führen sowie die Sicherheit der deutschen Soldaten  
9 gewährleisten, fordern wir Junge Liberale:

### 10 1. Definition von Zielen und Einsatz von Mitteln

11 Militärische Auslandseinsätze stellen in der Regel eine Gefahr für Leib und Le-  
12 ben deutscher Soldaten dar. Deshalb benötigt es konkrete Auftragsziele, welche  
13 in einem festen zeitlichen Rahmen erfüllt werden können. Auch müssen die Ein-  
14 satzmittel das Erreichen der Ziele ermöglichen und den Soldaten zudem einen  
15 angemessenen Schutz vor örtlichen Gefahren geben. Daher lehnen wir Einsätze  
16 ab, bei denen das Einsatzziel mit den gegebenen Einsatzmitteln nicht erreicht  
17 werden kann.

### 18 2. Angemessene Ausstattung der Bundeswehr und 19 der Soldaten

20 Unsere Soldaten benötigen für ihre Einsätze bestmögliche Ausstattung. Notwen-  
21 dige Kernfähigkeiten wie die Einhaltung der Rettungskette sollten durch eigene  
22 militärische oder durch Fähigkeiten verbündeter Partner sichergestellt werden.  
23 Zeitkritische, lebenswichtige Fähigkeiten sollten nur innerhalb des Militärs verord-  
24 net werden, da nur dieses gewährleisten kann, dass auch bei Gefahr für Leib  
25 und Leben Aufgaben, wie das Fliegen von Rettungshubschraubern, tatsächlich  
26 erfüllt werden.

### 27 3. Keine kurzfristigen Verlängerungen von Aus- 28 landseinsätzen

29 Bei jeder Verlängerung von Auslandseinsätzen soll ein kritischer Abgleich zwi-  
30 schen den beschlossenen sowie den bisher tatsächlich erreichten Zielen stattfin-  
31 den. Nur so kann sichergestellt werden, dass das Leben eigener Soldaten nicht

32 unnötig gefährdet und ein zum Scheitern verurteilter Einsatz nicht in die Länge  
33 gezogen wird.

#### 34 **4. Konsequenzen für den Auslandseinsatz in Mali**

35 In Mali sind derzeit rund 100 deutsche Soldaten in der European Union Training  
36 Mission im Einsatz. Ziel des Einsatzes ist, die malischen Streitkräfte durch Aus-  
37 bildung zu befähigen, perspektivisch selbst für die Sicherheit in ihrem Land zu  
38 sorgen. Allerdings fehlt der malischen Armee die personelle sowie materielle  
39 Ausstattung, um für Sicherheit im Norden des Landes zu sorgen. Somit ist das  
40 Einsatzziel mit den vorgegebenen Mitteln nicht erreichbar. Daher fordern wir, ent-  
41 weder das Einsatzziel anzupassen, die Einsatzmittel entsprechend zu erhöhen  
42 oder dem Einsatz das politische Mandat zu entziehen.

43 **Begründung:**

44 Erfolgt mündlich

45

# Antrag SA014

**Betr.: Rechtsschutz für alle**

**Antragsteller: Landesfachausschuss Europa, Bürgerrechte, Inneres**

## 1 **Rechtsschutz für alle**

2 Erst elf, dann zwanzig weitere Gastronomen mussten sich nicht an die in der  
3 Berliner Coronaverordnung vorgegebene Sperrstunde halten, alle anderen Berli-  
4 ner Gastronomen band die Verordnung trotz der vom Gericht wiederholt geäu-  
5 ßerten Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser weiterhin. Grund für die Notwen-  
6 digkeit der Klage eines jeden Einzelnen ist, dass Berlin im Gegensatz zu ande-  
7 ren Bundesländern keine abstrakte Normenkontrolle von Rechtsverordnungen  
8 kennt. Daher fordern wir, diese in Berlin einzuführen und damit den Rechtsschutz  
9 der Berliner zu verbessern. Es ist nicht einzusehen, warum eine unrechtmäßige  
10 Regelung weiterhin gilt, nur weil ein Betroffener keine Klage eingereicht hat.  
11 Auch erhöht dies den Verwaltungsaufwand grundlos, da im Zweifel das Gericht  
12 immer wieder den gleichen Fall bloß mit einem anderen Kläger entscheiden  
13 muss.

14 Aus den gleichen Gründen setzen wir uns dafür ein, dass die abstrakte Nor-  
15 menkontrolle von Rechtsverordnungen im Bundesrecht vorgeschrieben wird und  
16 nicht wie es momentan der Fall ist, in die Kompetenz des Landesgesetzgebers  
17 fällt. Zwar befürworten wir den Föderalismus grundsätzlich, aber im Rahmen des  
18 Rechtsschutzes sollte allen Bürgern der gleiche Schutz zu kommen.

19

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag SA015

**Betr.:**            **Östliche Partnerschaft vertiefen – Zusammenarbeit mit EU-Nachbarn ausbauen**

**Antragsteller:** **Landesfachausschuss Europa, Bürgerrechte und Internationales**

## 1 **Östliche Partnerschaft vertiefen – Zusammen-** 2 **arbeit mit EU-Nachbarn ausbauen**

3 Die Östliche Partnerschaft (ÖP) im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspol-  
4 itik ist eine Politik von strategischem Interesse für die Europäische Union (EU).  
5 Die geopolitische Bedeutung der Länder, die Teil der ÖP sind, kann nicht von der  
6 Hand gewiesen werden. Die EU sollte zeigen, dass sie an einem Dialog und Zu-  
7 sammenarbeit mit diesen Ländern genuin interessiert ist. Die EU muss als ver-  
8 lässlicher Partner im Bereich Friedenssicherung, Stabilität, Fortschritt und die  
9 Achtung von Demokratie und Menschenrechten agieren.

10 Der wichtigste Bereich, auf den sich die ÖP konzentrieren sollte, ist die Förde-  
11 rung der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Er-  
12 reichung eines höheren Demokratiestandards als Grundlagen der ÖP. Besorgnis-  
13 erregend sind die erheblichen Herausforderungen, denen sich die Länder der ÖP  
14 bei der Gewährleistung eines angemessenen Niveaus der Menschenrechtsstan-  
15 dards sowie des Zustands der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit gegen-  
16 übersehen. Wir, Junge Liberale Berlin verurteilen russische Maßnahmen, die dar-  
17 auf abzielen, die Länder der ÖP durch hybride Taktiken zu destabilisieren.

18 Mit Bedauern blicken wir auf die unzureichende Reaktion der EU auf die völker-  
19 rechtswidrigen Handlungen Russlands insbesondere die Verletzung der territoria-  
20 len Integrität Georgiens und der Ukraine sowie die Anstrengungen Russlands  
21 west-, mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten politisch zu spalten.

22 Wir verurteilen aufs schärfste die Wahlfälschung und Staatsgewalt in Belarus  
23 und bedauern dessen Austritt aus der ÖP. Wir bedauern zudem die Eskalation  
24 des Konflikts in Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbajdschan und das  
25 völlige Fehlen eines Eingreifens der EU und ihrer Fähigkeit, mit einer Stimme zu  
26 sprechen. Ferner besorgniserregend ist die zunehmend autoritäre Natur des  
27 Aliyev-Regimes in Aserbajdschan. Die politische Instabilität in Georgien verfolgen  
28 wir sehr eng und fordern alle Seiten auf, sich auf den von Charles Michel ausge-  
29 handelten Kompromiss zurückzubedenken. Auch der Stand der Justizreform in  
30 der Ukraine ist zu kritisieren. Wir freuen uns, dass trotz der angespannten Lage  
31 im Zusammenhang mit dem Berg-Karabach-Konflikt die politische Situation in Ar-  
32 menien nach einer freien und fairen Parlamentswahl sich stabilisiert hat. Zudem

## Seite 33

33 ist uns die proeuropäische Reformagenda der neugewählten Präsidentin Sandu  
34 sehr willkommen.

35 Außerdem begrüßen wir die zunehmende Zusammenarbeit der sogenannten  
36 „Trio-Länder“ (Georgien, Moldawien, Ukraine) mit der EU und ihren Mitgliedstaa-  
37 ten und deren Wunsch nach einer weiteren Integration in die EU.

38 Um die ÖP stärker zu fördern, fordern wir, Junge Liberale Berlin:

39 • ein verstärktes Engagement der EU für die Stärkung des Multilateralismus und  
40 erinnern an die Bedeutung der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen  
41 Außenpolitik als einzige Möglichkeit, Frieden und internationale Gerechtigkeit zu  
42 erreichen.

43 • dass die EU im Rahmen der ÖP maßgeschneiderte Angebote den Partner-  
44 schaftsländern macht, die der heterogenen Realität der teilnehmenden Länder  
45 entsprechen. Dabei ist eine vertiefte und umfassende Zusammenarbeit mit den  
46 „Trio-Ländern“ anzustreben.

47 • eine Koordination der Maßnahmen und Bündelung von Ressourcen mit dem  
48 Europarat und der OSZE zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

49 • das Festhalten an Assoziierungsabkommen und eine Vertiefung der wirtschaftli-  
50 chen Zusammenarbeit, um eine Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziel-  
51 len Leistungsfähigkeit in den Partnerländern zu erreichen.

52 • mehr Unterstützung für lokale unabhängige zivilgesellschaftliche Aktivisten und  
53 NRO und Menschenrechtsverteidiger, um demokratische Werte, Grundfreiheiten  
54 und Menschenrechte zu fördern.

55 • mehr Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Forschungszentren der EU  
56 mit denen der Partnerländer sowie Austauschprogramme, um eine intensive Zu-  
57 sammenarbeit zu ermöglichen.

58 • die Vertiefung der Förderung von Medienfreiheit, des Zugangs zu unpartei-  
59 ischen und zuverlässigen Informationen, hohen journalistischen Standards, um  
60 die Medienkompetenz der Bevölkerung zu verbessern, die grundlegende Fakto-  
61 ren für eine freiheitlich demokratische Grundordnung sind.

62 • die Ermittlung neuer Bereiche für eine vertiefte Integration und Zusammenar-  
63 beit, wie z.B. lokaler und regionaler Verkehr und Verbundfähigkeit, digitale Diens-  
64 te und erneuerbare Energien und Wasserstoff.

65

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag SA016

**Betr.: Digitale Gewalt effektiv bekämpfen**

**Antragsteller: Timo Bergemann, Julian Laschek**

## 1 Digitale Gewalt effektiv bekämpfen

2 Digitale Gewalt trifft in Deutschland immer mehr Menschen und hat für Betroffene  
3 erhebliche Folgen. Psychische Beeinträchtigungen sind oftmals eine Langzeit-  
4 folge digitaler Gewalt, während gleichzeitig ein Rückzug aus den digitalen Räu-  
5 men mit den Erfahrungen von Betroffenen einhergeht. Digitale Gewalt trifft Men-  
6 schen jedoch nicht in gleichem Maße: 70 Prozent der Frauen zwischen 15 und  
7 24 Jahren sind Bedrohungen, Beleidigungen und Diskriminierungen in sozialen  
8 Medien ausgesetzt. Zudem werden Frauen häufiger Ziel von (oftmals sexualisier-  
9 ten) Beleidigungen im Netz. Folge dieser digitalen Gewalt ist ein deutlich geringe-  
10 res gesellschaftliches und politische Engagement auf sozialen Medien von Frau-  
11 en.

12 Um einen sicheren digitalen Raum zu ermöglichen, müssen wir entschieden ge-  
13 gen digitale Gewalt vorgehen. Notwendig ist dafür eine verlässliche Datenerhe-  
14 bung, die die Größe und Schwere des Problems regelmäßig erfasst und dadurch  
15 Grundlage für größere Forschungstätigkeiten in diesem Bereich sein kann. Des-  
16 halb muss digitale Gewalt (insbesondere i.R.d. §§ 185 ff. StGB sowie §§ 111,  
17 126, 130, 238, 241 StGB) in Berlin künftig in der polizeilichen Kriminalstatistik so-  
18 wie in der Statistik der Rechtspflege gesondert neben der Internetkriminalität  
19 ausgewiesen und dokumentiert werden. Zudem ist die Kriminalitätsstatistik des  
20 Bundeskriminalamtes um das Merkmal der „sexistischen Motivlage“ zu ergänzen.

21 Das Telemediengesetz muss einen direkten Auskunftsanspruch über Namen, An-  
22 schrift, IP-Adresse des mutmaßlichen Täters und die Verbreitung des Inhalts  
23 durch Dritte enthalten. Das bisherige zweistufige Verfahren ist eine unnötige Hür-  
24 de bei der Verfolgung von zivil- und strafrechtlichen Ansprüchen. Ebenso fordern  
25 wir, dass das öffentliche Interesse bei Anklageerhebung im Sinne des § 376  
26 StPO bei Beleidigungsdelikten dahingehend neu definiert wird, dass Ermittlungs-  
27 behörden grundsätzlich den Namen und die Anschrift von Tatverdächtigen ermit-  
28 teln. Der § 1 des Opferentschädigungsgesetzes ist vom „tätlichen Angriff mit ge-  
29 sundheitlichen Folgen“ auf den „psychischen Angriff mit gesundheitlichen Folgen“  
30 zu erweitern, denn auch psychische Angriffe können medizinisch diagnostizierba-  
31 re Krankheiten verursachen, die eine Heilbehandlung erforderlich machen.

32 Damit Strafanzeigen einfach, online und anonymisiert erstattet werden können,  
33 fordern wir die Einrichtung einer zentralen Kooperationsstelle zwischen Hilfsorga-  
34 nisationen und Berliner Staatsanwaltschaft, die Nichtregierungsorganisationen er-  
35 möglicht Strafanzeigen digital bei Polizei und Staatsanwaltschaft zu erstatten. In  
36 Verfahren muss es für die Geschädigten möglich sein, auch ohne Nennung der

37 eigenen privaten Anschrift, sondern im Namen der beratenden Kanzlei oder von  
38 NGOs aufzutreten. Dies wird von Gerichten nach Angabe von Betroffenen nicht  
39 immer akzeptiert. Deshalb sollte der „kleine Zeugenschutz“ nach § 68 Abs. 2  
40 StPO in Fällen der Hasskriminalität grundsätzlich und nicht erst bei Besorgnis,  
41 dass Rechtsgüter gefährdet sind oder in unlauterer Weise auf Zeugen oder an-  
42 dere Personen eingewirkt werden kann, angewandt werden. Gleichsam muss  
43 künftig die Möglichkeit bestehen anstelle der eigenen Meldeadresse etwa die An-  
44 schrift von Opferverbänden und Nichtregierungsorganisationen anzugeben.

45 In Berlin braucht es zusätzliche Anlaufstellen, bei denen Betroffene vorab Hilfe  
46 erhalten können und sich über rechtliche Möglichkeiten, wie auch Maßnahmen  
47 zum persönlichen Schutz, informieren können. Deshalb sind die Einrichtung von  
48 Anlaufstellen für Opfer von digitaler Gewalt zu stärken, die über rechtliche Maß-  
49 nahmen und Maßnahmen zum persönlichen Schutz informieren. Bei schweren  
50 Ehrverletzungen muss Opfern künftig zudem ein „Opferanwalt“ und eine psycho-  
51 soziale Prozessbegleitung garantiert werden können.

52 In der Staatsanwaltschaft Berlin und bei der Berliner Polizei müssen Zentralstel-  
53 len für Gewalt im digitalen Raum aufgebaut werden, um Kompetenz- und Anlauf-  
54 stellen zu schaffen. Ebenso müssen spezialisierte Kräfte in Polizei und Justiz zur  
55 Erlangung des notwendigen (technischen) Sachverständs zur Verfolgung von  
56 Gewalt im digitalen Raum verpflichtende Schulungen erhalten. Auch die techni-  
57 sche Ausstattung von Staatsanwaltschaft und Polizei, die die Gewalt im digitalen  
58 Raum verfolgen, muss modernsten Anforderungen entsprechen. Die notwendi-  
59 gen finanziellen Mittel müssen durch den Senat bereitgestellt werden.

60

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag SÄ001

**Betr.:** Konkretisierung der LaKo-Sperrfrist bei  
Mitgliedsaufnahmen

**Antragsteller:** Sören Grawert, Gregor Habel, Tobias Bergmann, Julian  
Laschek, Batuhan Temiz

1 **Konkretisierung der LaKo-Sperrfrist bei Mit-**  
2 **gliedsaufnahmen**

3 Ersetze §4 Abs. 3 wie folgt: "Erfolgt die Antragstellung nach Ablauf der sat-  
4 zungsgemäßen Einladungsfrist zu einem Landeskongress mit Wahlen oder Ab-  
5 wahlen von Vorstandsmitgliedern oder Wahlen von Delegierten und Ersatzdele-  
6 gierten, so wird die Aufnahme erst mit Beendigung des Landeskongresses wirk-  
7 sam."

8

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich